

Die Arktis

Testfeld für eine neue, globale geopolitische Architektur unter besonderer Berücksichtigung von China (Teil 1)

Jörg-Dietrich Nackmayr

„Use it or lose it!“

Stephen Harper, kanadischer Premierminister über die Arktis

Die geopolitische Bedeutung der Arktis¹⁾ war nach dem Ende des Kalten Krieges in den Hintergrund gerückt, aber nie in Vergessenheit geraten.²⁾ Gleichwohl verfügt die NATO bis heute v.a. wegen Kanadas Widerstand über kein sicherheitspolitisches Mandat, die Interessen ihrer beteiligten Mitglieder zu bündeln.³⁾ Durch die Folgen des Klimawandels gerät der Polarkreis in den Fokus der Weltöffentlichkeit.⁴⁾ Davon legt auch die im Jahr 2013 vom isländischen Präsidenten Ólafur Ragnar Grímsson ins Leben gerufene und seitdem jährlich stattfindende „Arctic Circle Conference“ in Reykjavik Zeugnis ab. Mehr als 1.500 Teilnehmer aus fast 50 Ländern kamen erneut im Oktober 2015 in Reykjavik zusammen und belegten die gewachsene Bedeutung der Arktis. In Reykjavik treffen die maritimen Schlüssel-mächte aus Asien auf die arktischen Anrainerstaaten,⁵⁾ aber auch die europäischen Staaten Großbritannien,⁶⁾ Frankreich, Deutschland und Italien, die nun ebenfalls Präsenz zeigen und eigene Ansprüche dokumentieren. Bereits auf der 2. „Arctic Circle Conference“ sprachen einige Teilnehmer ihrerseits Einladungen für internationale Konferenzen in ihren Ländern im Jahr 2015 aus, sodass es seitdem zu einer globalen Zunahme der diplomatischen, politischen und medialen Befassung mit der Arktis kommt.⁷⁾ Auf der 3. „Arctic Circle Conference“ präsentierte sich auch die Bundesrepublik Deutschland als Player am Polarkreis. Teil der deutschen Delegation waren sieben Uniformträger aller drei Teilstreitkräfte unter Führung eines Admirals. Frankreich unterstreicht seine Ambitionen sogar durch den Besuch von Staatspräsident François Hollande. China, Korea sowie die Vereinigten Arabischen Emirate waren mit Präsentationen in Reykjavik vertreten.

Anders als während der Zeit der Blockkonfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg geht es heute in der Arktis nicht mehr nur um Radarfrühwarnsysteme und strategische Verfügungsräume für Atom-U-Boote.⁸⁾ Das Auftauen des arktischen Eises wird in Kürze, wenn die Prognosen der Klimaforscher zutreffen, einen neuen schiffbaren Ozean entstehen lassen, ein Meer, das bestehende Handels- und Transportrouten zwischen Europa, Asien und Amerika verkürzt.⁹⁾

Auch wenn die folgende Diskussion den Klimawandel als Phänomen nicht weiter behandeln wird, so sollte festgehalten werden, dass sich dessen Folgen schneller und drastischer als angenommen insbesondere am Nordpol

zeigen, seitdem Roger Revelle Ende der 1950er-Jahre einen Zusammenhang zwischen der CO₂-Konzentration und der Erwärmung der Erde hergestellt hatte.¹⁰⁾ Auf dieser von Revelle Treibhauseffekt genannten Entwicklung fußt bis heute das wissenschaftliche Fundament der Klimaforschung. Niemand weiß vorherzusagen, ob dieser Prozess wirklich unumkehrbar ist, sich abschwächen oder weiter verstärken wird. Gleichwohl ist der Klimawandel die treibende Kraft für die geopolitischen Entwicklungen in der Arktis, die ohne diese ansonsten weiterhin eingefroren blieben.

Dieser Beitrag untersucht, was das Abschmelzen und mögliche Verschwinden des Eises in der Arktis innerhalb der kommenden Jahrzehnte für das geopolitische Gleichgewicht im Hohen Norden bedeuten wird und welche Konflikte daraus entstehen können.¹¹⁾ Dabei wird der Schwerpunkt der Analyse auf China liegen. Bisher war Chinas Erscheinen in der Arktis von der Literatur nicht angemessen gewürdigt worden. Durch einen andauernden, mehrjährigen Aufenthalt in Island wurde der Autor auf eine Entwicklung aufmerksam, die bisher nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit lag. So fehlt auch in der 2006 veröffentlichten Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik über „Chinas Aufstieg: Rückkehr der Geopolitik“ ein Kapitel über Chinas Interesse am Nordpol.¹²⁾ Auch in dem im Jahr 2010 vom isländischen Experten Valur Ingimundarson für das Europäische Parlament erstellten geoökonomischen Dossier der Arktis-Region bleibt China als Akteur unterbelichtet.¹³⁾ Erst ab 2012 sind einige Beiträge in der Internet-gestützten und öffentlich zugänglichen „NATO Multimedia Library“ mit Bezug auf China gelistet.¹⁴⁾ Mit der Studie der China-Experten Linda Jakobsen und Jingchao Peng vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) aus dem Jahr 2012 wird China als Späteinsteiger auf dem arktischen Schachbrett identifiziert und werden seine Interessen analysiert.¹⁵⁾ Allerdings liegt der Beobachtungsschwerpunkt hier wie auch bei anderen Autoren auf den sich öffnenden Seeverbindungen im Hohen Norden und der zu erwartenden Ausbeutung der arktischen Ressourcen.¹⁶⁾ Kritisch zu hinterfragen ist, wie realistisch eine allgemein erwartete neue Seidenstraße auf dem arktischen Meer und die Ausbeutung des Ressourcenreichtums in der Arktis überhaupt absehbar sein werden.

Denn durch die Fokussierung auf neue Seeverbindungen und den Ressourcenreichtum bleibt eine viel wich-

tigere Frage unterbelichtet, nämlich danach, welche Auswirkungen das Auftauchen einer raumfremden Macht im Hohen Norden auf die dort bestehende geopolitische Architektur und die transatlantischen „lines of communication“ haben kann. Diese Frage wird zuerst in einem kurzen Aufsatz des „National Intelligence Fellow at the USA Council on Foreign Relations“ von im Februar 2013 aufgeworfen: „Greenland - China's Foothold in Europe?“⁽¹⁷⁾ Damit ist eine strategische Dimension angesprochen, die für die Zukunft der transatlantischen Geopolitik von zentraler Bedeutung sein wird. Ungeachtet dessen befassen sich die meisten Autoren bis heute v.a. mit dem aktuellen Konfliktpotenzial zwischen Russland und dem Westen.⁽¹⁸⁾ Das Auftauchen Chinas und die damit verbundenen Auswirkungen auf dem arktischen Schachbrett bleiben erstaunlicherweise unterbelichtet.

Die Geopolitik der Arktis

Geopolitik ist wieder auf der Agenda.⁽¹⁹⁾ Sie befasst sich mit der Projektion von Macht in geographischen Räumen⁽²⁰⁾ und ist insbesondere in der bis heute fast unbewohnten, aber geographisch günstig gelegenen und rohstoffreichen Arktis⁽²¹⁾ eine geeignete analytische Folie, um den Wettlauf zu verstehen, der die Welt verändern und prägen wird.⁽²²⁾

Der Autor vertritt die klassisch-realistische Geopolitik. „Geography does not argue. It simply is. Geography is the most fundamental factor in the foreign policy of states because it is the most permanent. Ministers come and go, even dictators die, but mountain ranges stand unperturbed.“ (Nach dem berühmten Ausspruch von Yale Professor Nicholas J. Spikeman aus dem Jahr 1942.) Oder in einem Satz des Franzosenkaisers Napoleon: „To know a nation's geography is to know its foreign policy“. Eine Denkschule, die sich prägnant in dem Ausspruch des ehemaligen russischen Generalstabschefs Marschall Nikolaj Ogarkow zusammenfassen lässt. Es wird erzählt, dass es vor dem Beginn der sowjetischen Afghanistankampagne im Jahr 1979 zwischen Ogarkow und dem damaligen Verteidigungsminister Dmitrij Ustinow zu einem heftigen Disput über die Erfolgsaussichten einer militärischen Intervention in diesem Raum gekommen sein soll. Ogarkow meinte, die Erfahrungen der britischen und zaristischen Armeen im 19. Jahrhundert geböten große Vorsicht. Ustinow soll das zurückgewiesen und dem General vorgeworfen haben, er würde doch wohl nicht im Ernst die ruhmreiche Rote Armee mit den imperialistischen Armeen des Zaren und Großbritanniens vergleichen wollen. Worauf Ogra-



Aufgrund des Klimawandels gerät der Polarkreis in den Fokus der Weltöffentlichkeit, was die jährlich in Reykjavik stattfindende „Arctic Circle Conference“ untermauert (Bild: Frankreichs Präsident François Hollande [mi-li] und der ehemalige isländische Ministerpräsident Sigmundur David Gunnlaugsson [mi-re] während der „Arctic Circle Conference“ in Reykjavik, Island, Oktober 2015).

kow gesagt haben soll: „Nein, Genosse Minister, aber die Berge sind immer noch dieselben.“

Hier ist jetzt nicht der Ort, um eine angemessene Vermessung anderer geopolitischer Sichtweisen vorzunehmen. Dazu eignen sich Überblicksbeiträge wie z.B. der von Heinz Nissel zu „Gesellschaft, Raum und Macht. Aufgaben, Defizite und Neues zur Kritischen Geopolitik“, der im Jahr 2015 in der ÖMZ-online-Ausgabe als „Nachlese“ zu seinem Beitrag in der ÖMZ 1/2010 publiziert wurde. Es wäre sicher interessant, sich vertieft mit der in der Tradition des US-amerikanischen Geopolitikers Gearóid Ó Tuathail stehenden „kritischen Geopolitik“ auseinanderzusetzen. Diese ist beeinflusst „von französischen Wissenschaftlern wie Michel Foucault, Jacques Derrida, Jean-François Lyotard oder Ferdinand de Saussure. Nach diesen post-modernen Ansätzen wird der Raum - die Grundlage der Geopolitik - nicht mehr als objektive ‚Sache‘, sondern vielmehr als sozial über Sprache hergestellt verstanden.“⁽²³⁾

Die Vertreter der kritischen Geopolitik würden einen Ansatz wählen, um geopolitische Konstruktionen aufzudecken. Letztendlich geht es der kritischen Geopolitik immer auch um die „Dekonstruktion geopolitischer Leitbilder.“⁽²⁴⁾ Die kritische Geopolitik nach Nissel lehrt: „Raumeinheiten in der Politik beruhen nicht auf ‚natürlichen‘ Faktoren wie etwa physisch-geographischen Trennlinien oder ‚quasi-natürlichen‘ Einheiten (etwa historisch über längere Zeit unveränderte Grenzziehungen), sondern auf gesellschaftlichen Diskursen und Aushandlungsprozessen. Ihre Aufgabe ist es nun herauszufinden, wie geopolitische Vorstellungen mittels Sprache, Karten, Bildern, Filmen ‚erzeugt‘ werden, sei es in der Wissenschaft, im politischen Alltag, in den Medien, letztlich in den ‚Köpfen‘.“⁽²⁵⁾

Klassische und kritische Geopolitik basieren auf verschiedenen und miteinander streitenden Denkschulen der internationalen Beziehungen, der des Neorealismus und



ASHLEY COOPER/SCIENCE PHOTO LIBRARY/PICTUREDISK.COM

Svalbard (Spitzbergen), das formal zu Norwegen gehört, birgt wegen seiner vermuteten Bodenschätze ein großes Konfliktpotenzial mit Russland (Bild: das russische Forschungsschiff „Akademik Sergej Wawilow“, Spitzbergen, Dezember 2015).

des Konstruktivismus. Vor diesem Hintergrund muss in Würdigung und Schätzung der jeweils anderen Position hier offen bleiben, welche Sicht auf die Welt „die richtige“ ist. Eine grundsätzliche Bestreitbarkeit meiner Ausführungen durch Vertreter der kritischen Geopolitik aufgrund eben ihrer anderen Realitätsperzeption würde aber mehr über den individuellen Zugang zu Welt und Wirklichkeit aussagen als über die Realität selbst.

Während der Südpol ein quasi unbewohnter Kontinent umgeben von einem Meer ist, taucht am Nordpol innerhalb weniger Jahrzehnte ein zumindest in den Sommermonaten schiffbarer Ozean aus dem Eis auf, umgeben von der eurasischen und nordamerikanischen Landmasse.²⁶⁾ Russland kontrolliert geographisch mehr als 50% der Arktis und ist besonders abhängig von den erwarteten Entwicklungen.²⁷⁾ Russland sieht sich selbst als *die* arktische Macht und leitet seine nationale Identität auch aus seiner geographischen Verwurzelung mit dem Hohen Norden ab.²⁸⁾ Der größte Teil Russlands liegt nördlich des 50. Breitengrades, die USA enden am 49. Breitengrad. Der größte Teil der russischen Bevölkerung lebt selbst weiter nördlich als die Mehrheit der Kanadier, die überwiegend an der Grenze zu den USA siedeln. Im Norden Russlands wird der Zugang zum Meer durch das arktische Eis noch für den größten Teil des Jahres blockiert. Es verwundert also nicht, dass Russland die erwarteten Veränderungen im Weltklima besonders aufmerksam beobachtet, weil sich die Lebensbedingungen in der Arktis stärker verändern werden als in anderen Klimazonen.²⁹⁾

Geopolitisch beschrieben besteht ein Küste-Gegenküste-Dilemma, mit Kalaallit Nunaat (Grönland), Island und der exklusiven Kontrolle über die arktischen Gewässer als Objekte politischer und wirtschaftlicher Begierde.

Nicht nur deshalb, weil in und um Grönland erhebliche Rohstoffvorkommen liegen,³⁰⁾ sondern auch, weil Grönland und Island nach weitreichender Autonomie streben und in naher Zukunft den geopolitischen Mitspielern möglicherweise als unabhängige Staaten gegenüberzutreten werden. Island hat mit den beendeten Verhandlungen zur Aufnahme in die EU einen Weg im europäischen Wirtschaftsraum und Schengen-Vertrag gewählt, der eine maximale Ausnutzung der wirtschaftlichen Vorteile mit der minimalen Einflussnahme durch supranationale europäische Organisationen zu vereinen sucht. Die

jetzt regierenden Politiker in Island legen sehr großen Wert auf einen möglichst großen Entscheidungsfreiraum und fördern eine Multivektorenpolitik, die gleich enge Beziehungen zu China und den USA sowie zu Russland und Europa anstrebt. Sicherheitspolitisch ist Island zwar Mitglied der NATO und durch ein bilaterales Verteidigungsabkommen aus dem Jahr 1951 mit den USA verbunden,³¹⁾ aber die Vorbehalte in der traditionell pazifistisch eingestellten Bevölkerung sind nach dem überraschenden Abzug der USA im Jahr 2006 aus dem Stützpunkt Keflavik nur vertagt. Sollte es einer nicht mehr von den Vorteilen einer transatlantischen Partnerschaft überzeugten Politikergeneration künftig einfallen, dieses Bündnis zu verlassen, hätte das globale Auswirkungen.³²⁾ Das große, friedliebende China und das um Islands Wohl besorgte Russland finden sicher geeignete Argumente, die manche Kreise in Island nur zu gerne glauben wollen.

Diese Blauäugigkeit gegenüber den östlichen Großmächten scheint in Island eine gewisse Tradition zu haben. Bis heute hält sich hartnäckig das Gerücht, dass der langjährige Staatspräsident Grimsson dem russischen Botschafter nach den Verhandlungen über einen russischen Kredit am Beginn der isländischen Finanzkrise 2008 bereits den Flughafen Keflavik zur russischen Verfügung angeboten haben soll. Grimsson war auch dadurch aufgefallen, dass er anlässlich einer Veranstaltung zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Russland und Island St. Petersburg als natürliche Hauptstadt der Arktis gewürdigt hatte.³³⁾ Nicht nur US-Kreise sind so alarmiert, dass im Jahr 2015 verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen zur Intensivierung der transatlantischen Beziehungen durchgeführt wurden.³⁴⁾ Eingeleitet wurde diese Neubewertung durch einen Artikel auf der Nachrich-

tenwebseite Breitbart aus dem Sommer 2014, nach dem Russland und China Island zu einer Geheimwaffe gegen die USA transformieren wollen.³⁵⁾

Das Planungsamt der Bundeswehr, eine dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) nachgeordnete Einrichtung, hat im Juni 2014 eine Studie mit dem Titel „Klimawandel und Sicherheit in der Arktis nach 2014. Hat die internationale und kooperative internationale Arktispolitik eine langfristige Zukunft?“³⁶⁾vorgelegt. Auf 42 Seiten werden der Ressourcenwettbewerb und die Militarisierung sowie die Frage der Rückkehr des Kalten Krieges in den Norden untersucht, Zukunftsszenarien vorgestellt und mit Empfehlungen für die Bundeswehr abgeschlossen. Angereichert mit wertvollen Basisdaten und Hintergrundinformationen sowie Kartenmaterial werden drei Anzeichen für eine krisenhafte Entwicklung herausgearbeitet, die die bisher durch Kooperation gekennzeichneten Beziehungen zu Russland in eine Konfrontation verwandeln würden. „Für eine Trendwende wären mindestens (1) eine Missachtung der Maßgaben des internationalen Seerechtes, (2) eine Marginalisierung des Arktischen Rates (AR) und (3) eine dauerhafte Aufkündigung bestehender bi- und multilateraler Abkommen durch einen oder mehrere Anrainerstaaten“³⁷⁾ notwendig. Im Moment liegen keine Hinweise vor, die auf eine bevorstehende Abkehr von der bestehenden Kooperation schließen lassen.³⁸⁾ Was bei der Konfliktperzeption der Planungsamtsstudie allerdings weitgehend unbeachtet bleibt, ist die Rolle Grönlands und dessen raumbeherrschende Funktion. Es trifft zwar zu, dass Russland als größter Arktisanrainerstaat und potenzieller Gegner des Westens immer eine besondere Aufmerksamkeit rechtfertigt.³⁹⁾ Gleichwohl ist das fragile geopolitische Gleichgewicht in der Arktis besonders durch die Unabhängigkeitsperspektive Grönlands und Islands und das Festsetzen Chinas am Polarkreis herausgefordert. Die Bundeswehrstudie greift diese Fragen lediglich in zwei Anmerkungen auf, erkennt allerdings keinen akuten Handlungsbedarf, obwohl die aktuellen Entwicklungen höchst alarmierend sind. Dies wird zuletzt in der erst im März 2015 vom Royal Danish Defence College übersetzten und auf deren offiziellen Webseite veröffentlichten Studie von Martin Breum „The Greenland Dilemma“⁴⁰⁾ deutlich. Aufgeschreckt durch die grönländische Regierung unter Aleqa Hammond, die sich die politische Unabhängigkeit von Dänemark innerhalb einer Generation zum Ziel setzte, bezieht das dänische Militär nun auch öffentlich Stellung, um dieser Entwicklung entgegenzutreten. Der dänische Außenminister Martin Lidegaard formuliert in einem Interview im März 2014 erstaunlich offen, wozu es dabei für Kopenhagen geht: „We have a greater presence in Beijing and Washington and Berlin because of Greenland. That’s what makes Danish foreign policy unique. (...) Denmark is bigger and more important with Greenland than we are without. It is in our interest to defend that unity.“⁴¹⁾ Und hier liegt wohl auch die Erklärung für die nun in die Öffentlichkeit getragene Debatte über die Zukunft der dänisch-grönländischen Beziehungen. In einem Interview aus dem Jahr 2013 spricht der Kommandeur des Royal Danish Defence College, Flottillenadmiral Nils Wang, aus, warum Kopenhagen jetzt in die mediale

Offensive geht: „A power vacuum will always be filled. If other countries came to believe that Greenland would soon start planning for the day that Greenland was no longer a part of Denmark, and in the process Denmark’s position in the world would be weakened.“⁴²⁾ Diese Entwicklungen sind die Folie, vor der wir nun in das Studium der Fakten eintreten können. Erstaunlich ist, dass diese tektonischen Verschiebungen im deutschsprachigen Raum bisher nahezu unbekannt geblieben sind.

Das Konfliktpotenzial in der Arktis⁴³⁾

Immer wieder wird von den Arktisbeauftragten Kanadas⁴⁴⁾ und Russlands vorgetragen, es gebe in der Arktis weder offene Gebietsansprüche noch unklare Grenzen und insofern auch kein Wettrennen um Rohstoffe,⁴⁵⁾ wie das u.a. Russlands Arktisbeauftragter Artur Chilingarov auf den „Arctic Circle“-Konferenzen gebetsmühlenartig formulierte oder kürzlich sogar der russische Außenminister Sergej Lawrow.⁴⁶⁾ Allein, das Gegenteil ist richtig.⁴⁷⁾ So arbeitet Kanada⁴⁸⁾ daran, die Nordwestpassage (NWP), die entlang seiner Küstenlinie verläuft, in ein völkerrechtliches Sonderregime zu überführen. Dies wird von den USA, aber auch der EU kritisiert, die in der NWP eine internationale Meerenge in Übereinstimmung mit Art. 34 ff. der Seerechtskonvention von 1982 sehen.

Die freie Durchfahrt auf dem künftig eisfreien Arktischen Meer ist auch für Deutschland ein wesentliches Rechtsgut.⁴⁹⁾ Wie schwierig Grenzstreitigkeiten selbst zwischen Mitgliedern im selben Verteidigungsbündnis sein können, belegen die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen zwischen Dänemark und Kanada um die Hans-Insel, die erst durch die Anwendung eines diplomatischen Tricks entschärft werden konnten.⁵⁰⁾ Gleichwohl ist die Frage, wem die Insel gehört, noch nicht entschieden worden, sie wurde lediglich vertagt. Diese heute unbewohnte Insel liegt strategisch wichtig auf dem Weg vom Arktischen zum Atlantischen Ozean auf der Grenze zwischen Kanada und Grönland mitten in der NWP. Ein weiterer Konflikt könnte sich über die Zugehörigkeit von Svalbard (Spitzbergen) entzünden, das zwar seit dem Spitzbergen-Vertrag von 1920 formal zu Norwegen gehört, dennoch allen Bürgern der Unterzeichnerländer des Vertrages gleiche Rechte einräumt.⁵¹⁾ Norwegen leitet aus dem Vertrag die volle Souveränität über das umliegende Meeresgebiet ab, was u.a. von Russland bestritten wird.⁵²⁾ Innerhalb der per Gesetz vom 3. Juni 1977 unter Berufung auf die UNO-Seerechtskonferenz geschaffenen 200 Nautische See Meilen (NSM)-Wirtschaftszone durch das Königreich Norwegen kommt es seitdem immer wieder zu Zwischenfällen mit Fischfangbooten anderer Nationen. Neben den Fischfanggründen wecken v.a. die im Umkreis von Svalbard vermuteten Bodenschätze Begehrlichkeiten.

Auch die nunmehr beigelegten Grenzstreitigkeiten zwischen Norwegen und Russland um offene Seegrenzen an deren gemeinsamer Nordgrenze - Streitpunkt war ein Seegebiet so groß wie die Bundesrepublik Deutschland - zeigen, wie konfliktbeladen dort verhandelt wird. Norwegen wich in seinem Grenzvertrag mit Russland von dem bisher angewandten Äquidistanzprinzip ab, nach dem Grenzen immer im gleichen Abstand zur jeweiligen

Küste verlaufen, und kam Russland hier weit bei der Grenzziehung entgegen.⁵³⁾ Dies wurde insbesondere innerhalb des NATO-Bündnisses kritisiert, da vermutet wird, dass hiermit ein Präjudiz für weitere russische Begehlichkeiten geschaffen wurde. Welche Auswirkungen dieses Abweichen von einer völkerrechtlichen Grundregel in der Zukunft haben wird, kann man heute noch nicht abschätzen. Die Spannungen zwischen Russland und Norwegen erreichen mittlerweile auch die lokale Ebene, wie die britische BBC unlängst berichtete. So sei nach Intervention des russischen Geheimdienstes FSB der Eigentümer der norwegischen Internetzeitung Barents Observer „überzeugt“ worden, den angesehenen, aber russlandkritischen bisherigen Chefredakteur Thomas Nilsen auszutauschen.⁵⁴⁾

Wesentlich komplexer sind aber alle Fragen, die mit der Anwendung eines Prinzips zusammenhängen, das die Kontinentalsockeltheorie, also die Fortsetzung der Landmassen unter der Wasseroberfläche, zum Maß über die Frage erhebt, wie weit das Staatsgebiet ins Arktische Meer hinein reicht.⁵⁵⁾ Hier behauptet insbesondere Russland, dass der so genannte Lomonossow-Rücken die direkte tektonische, aber unter dem Meeresspiegel liegende Fortsetzung von den Neusibirischen Inseln bis über den Pol hinaus sei und somit russische Gebietsansprüche belegt.⁵⁶⁾ Russlands Flaggensetzung auf dem Meeresgrund in fast 5.000 Meter Tiefe am Nordpol im Jahr 2007 sollte diesen Anspruch untermauern helfen. Kanada,⁵⁷⁾ aber auch Dänemark⁵⁸⁾ (mit grönländischem Territorium), vertreten ähnliche Ansprüche, die sich bis zum Nordpol erstrecken sollen,⁵⁹⁾ mit der Konsequenz, dass die Gebiete unter dem Meeresspiegel zum Staatsgebiet erklärt werden könnten.⁶⁰⁾ Damit würden die exklusiven Schürfrechte in nationaler Verantwortung liegen und die anderen Anrainer von einer Nutzung ausschließen. Wie dieser Gebietsanspruchskonflikt entschärft und entschieden werden soll, ist nicht absehbar.⁶¹⁾ Für die friedliche Nutzung der Transitrouten und Ressourcen der Arktis ist eine Beilegung dieser offenen Gebietsansprüche wesentlich. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Fragen in der Zukunft nach dem Recht des Stärkeren entschieden werden.⁶²⁾

Der Chef der russischen Denkfabrik „Zentrum für strategische Konjunktur“, Iwan Konowalow, befürchtet bereits heute eine Eskalation: „Es beginnt eine ernste militärisch-diplomatische Auseinandersetzung. Nicht nur die arktischen Staaten wie Kanada, Russland, die USA, Norwegen und Dänemark, sondern auch Länder außerhalb der Region nehmen daran teil. Zweifelsohne wird China ebenfalls einsteigen, aber auch weitere Länder, die Zugriff auf die arktischen Ressourcen bekommen wollen. Auf diplomatischer Ebene wird die Rhetorik äußerst hart sein. Doch wer im diplomatischen Kampf keine militärische Komponente besitzt, wird immer verlieren.“⁶³⁾

Diese mit militärischer Macht drohende russische Haltung⁶⁴⁾ steht im klaren Widerspruch zur Ilulissat-Erklärung von 2008,⁶⁵⁾ in der sich die fünf Arktis-Anrainerstaaten mit Zugang zum Arktischen Ozean dazu bekannt haben, ihre Konflikte friedlich und im Rahmen des internationalen Rechts auszutragen. Schon länger war darüber spekuliert worden, was passieren würde, wenn sich Russland

nicht mit einem Schiedsspruch in einem internationalen Rechtsstreit abfinden würde. Russlands neo-militärischer Kurs sollte insbesondere nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und den andauernden Destabilisierungsversuchen in Teilen der Ostukraine und anderen Teilen Osteuropas sehr ernst genommen werden. Die Indienstellung eines Arktischen Oberkommandos Anfang Dezember 2014⁶⁶⁾ belegt die beabsichtigte Militarisierung des Raums durch das Aufstocken militärischer Mittel⁶⁷⁾ für die heraufziehenden diplomatischen Auseinandersetzungen.⁶⁸⁾ Das russische Großmanöver im März 2015 in der Arktis unter Beteiligung von 40.000 Soldaten und 220 Kampfflugzeugen sowie anderen Waffenträgern gibt einen Vorgeschmack, auf welche militärischen Dimensionen sich der Westen,⁶⁹⁾ aber auch China hier künftig einzustellen haben.⁷⁰⁾ Für Deutschland könnte sich im Fall einer Zunahme militärischer Konfliktlösungsszenarien eine ausgesprochen unangenehme Situation entwickeln. Deutschlands parteiübergreifender Glaube an die Lösung internationaler Konflikte vorrangig durch rechtliche Normen, Kompromisse sowie endlose Gesprächsrunden in multilateralen Organisationen könnte schon bald auch in der Arktis mit dem eisigen Wind der Realpolitik konfrontiert werden. Sollte Deutschland bei Konflikten zwischen seinen arktischen NATO-Partnern und Russland vor die Wahl gestellt werden, sich zwischen Bündnissolidarität oder der privilegierten Energiepartnerschaft mit Russland zu entscheiden, kommen schwere Zeiten auf das politische Berlin zu.

Grönlands Bedeutung in der Arktis

Von größter Wichtigkeit für die geopolitischen Gewichte in der Arktis ist die Zukunft Grönlands. Diese größte Insel der Erde, deren Fläche sechsmal größer als Deutschland und 26-mal größer als Österreich ist, verfügt nach seriösen geologischen Schätzungen über riesige Rohstoffvorkommen, darunter Seltene Erden, Uran, Mineralien, Öl und Gas. Von kaum 60.000 Menschen bewohnt, haben sich die heutigen Einwohner Grönlands, die Inuit, dort seit ungefähr 1000 n. Chr. sowohl gegenüber den vorher dort siedelnden Menschen der Dorset-Kultur als auch gegenüber den im Südwesten Grönlands zeitgleich dort lebenden Wikingern durchgesetzt. Zuerst wurde die Dorset-Kultur von den Inuit verdrängt, später verschwanden auch die Wikingen aus bis heute nicht restlos geklärten Gründen Mitte des 16. Jahrhunderts aus Grönland.⁷¹⁾

Der dänische König Christian IV. führte Anfang des 17. Jahrhunderts drei Grönlandexpeditionen durch, in deren Folge es zu einer erneuten Ansiedlung von Skandinaviern in Grönland kam. Grönland wird im 19. Jahrhundert Teil des Königreichs Dänemark. Seit 1862 werden die Ureinwohner langsam in die Verwaltung einbezogen. Im Moment ist Grönland eine Nation im Königreich Dänemark. Gleichwohl ist der Ruf nach völliger Unabhängigkeit nicht verstummt und seit 2009 durch die Annahme des neuen Selbstverwaltungsstatuts auch theoretisch möglich. Die unerschlossenen Rohstoffvorkommen und die Frage, wer sie ausbeuten wird, spielen dabei eine wesentliche Rolle, weil sie die angestrebte Unabhängig-

keit finanzieren sollen. Zurzeit erhält Grönland einen jährlichen Globalzuschuss von ca. 500 Mio. EUR aus Dänemark und ca. 30 Mio. EUR jährlich von der EU für Entwicklungen im Bildungssektor. Dies ist Teil einer Zuwendung von 217,8 Mio. EUR im Rahmen des EU-Grönländischen Partnerschaftsabkommens für den Zeitraum 2014-2020.⁷²⁾ Der Ruf nach Unabhängigkeit und Selbstbestimmung Grönlands wird in Dänemark mittlerweile so ernst genommen, dass sich auch das Establishment damit eingehend beschäftigt. Selbst die Verleihung von grönländischen Taufnahmen für die jungen Prinzen und Prinzessinnen der königlichen Familie werden bereits als Mittel eingesetzt, um Grönland in der Schwerkraft des dänischen Mutterlandes zu halten.⁷³⁾ Obwohl die von grönländischen Politikern geplante ökonomische Unabhängigkeit von Dänemark in einer weiteren Loslösung von der einstigen kolonialen Vormacht und in die völlige Unabhängigkeit einmünden könnte, geben die Autoren einer aktuellen Studie der Königlichen Dänischen Verteidigungsakademie aus dem Jahr 2014 einen eher positiven Ausblick auf die grönländisch-dänischen Beziehungen.⁷⁴⁾ Dänemark werde sich auch zukünftig erfolgreich für Zusammenarbeit und Offenheit einsetzen und damit erfolgreich bleiben.⁷⁵⁾ Dänemark sehe Grönland weiterhin wie einen Schützling, dem es auch künftig zur Seite stehe. Zu einem gegenteiligen Ergebnis kommt der in London ansässige POLARISK Thinktank in einer Studie mit dem sprechenden Titel: „In 2035 Kalaallit Nunaat is an independent state.“⁷⁶⁾

Auf jeden Fall schlug die am 5. Dezember 2014 gegründete Dreiparteienkoalition unter Führung der Sozialdemokraten (Siumut) ein neues Kapitel in der Geschichte Grönlands auf. Die 17 von 31 Sitzen im Parlament haltende Koalition unter Führung von Aleqa Hammond hat die Intensivierung des bisher nur im Kvanefjeld-Projekt (10 km entfernt von Narsaq an der Südspitze Grönlands) angeschobenen Uranabbaus zum Hauptziel der Regierungsarbeit erklärt. Dänemark hatte den Uranabbau bisher als strategische Ressource gewertet und sich wegen der außenpolitischen Dimension der Nutzung von Uran ein Veto vorbehalten. Kritisch sieht man in Kopenhagen eine mögliche Verwendung des Urans für den Bau von Kernwaffen, aber auch für die Nutzung zur Stromgewinnung. Für die Regierung in Nuuk ist der Uranabbau umgekehrt gerade das Mittel, die Unabhängigkeit weiter zu fördern, weil die rechtlichen Grenzen zwischen Kopenhagen und Nuuk ausgetestet werden können und der Uranabbau jene Mittel für den



Russland beansprucht den Lomonossow-Rücken, die Fortsetzung der Landmassen unter der Wasseroberfläche des Arktischen Meeres, für sich (Bild: Verankerung der russischen Nationalflagge am Meeresgrund, September 2007).

Staatshaushalt generieren soll, der die Unabhängigkeit erst finanzieren kann. Und die Vorbereitungen für den Uranabbau sind weit fortgeschritten. Die Kvanefjeld-Mine wird vom australischen Bergbauunternehmen „Greenland Minerals and Energy LTD“ bereits als Projekt beworben, das „Grönland, China und der Welt dienen soll.“⁷⁷⁾ Es wäre das weltweit größte Abbaugelände für Seltene Erden und eines der größten für Uran. Chinas Interesse als führender Weltmarktanbieter Seltener Erden und Monopolist liegen auf der Hand, obwohl sich der Weltmarkt für Seltene Erden in der letzten Zeit entspannt hat. Grund dafür war die Wiederaufnahme des Abbaus seit 2012 durch den früheren USA-Großproduzenten, das kalifornische Bergwerk „Mountain Pass“, dessen Stilllegung 2002 erst zum chinesischen Monopol führte. Allerdings war diese Entspannung auf dem Markt für Seltene Erden nach der Insolvenz des US-Bergbaukonzerns Molykorp im Juni 2015 nur von kurzer Dauer.⁷⁸⁾ Kürzlich erst haben die Chinesen die Exportrestriktionen für ihre Seltenen Erden zwar aufgehoben, gleichwohl bleibt China der größte Anbieter und würde seine Marktposition durch die Minen in Grönland weiter ausbauen. Die ganzjährige Abbaumöglichkeit und der technisch mögliche Bau eines Tiefseewasserhafens in Bergwerksnähe sprechen ebenfalls für die Realisierbarkeit dieses Vorhabens.

Neben Kvanefjeld existieren weitere sehr bedeutende Lagerstätten, die Grönland zu dem weltweit größten Lieferanten für Uran und Seltene Erden machen könnten, wie zum Beispiel die Lagerstätten in Kuannersuit, die sich nordwestlich von Narsaq, im Südwesten der Insel befinden. „The Australian mining company Greenland Minerals and Energy Ltd. (GME), which is licensed to

mine in Kuannersuit, estimates the uranium deposit at 232,000 tons of uranium oxide. Another estimate puts the uranium deposit for the whole Ilimaussaq-complex, of which Kuannersuit is a part, at as much as 600,000 tons of uranium. GME has stressed that if the company is not allowed to extract the uranium it will give up its mining operations at Kuannersuit altogether. If the annual production is as substantial as projected in the 2010 GME financial report – 3,895 tons – Kuannersuit will be the third largest uranium mine and the second largest open pit uranium mine in the world. Only the McArthur River mine in Canada and Ranger in Australia will be bigger. According to the most recent GME estimates, the mine at Kuannersuit will have a life-span of at least 60 years. As the sixth largest uranium deposit in the world, it could provide almost 8% of world production. In addition to Kuannersuit, there are uranium deposits at Illorsuit, Puissattaq, Ivittuut and Motzfeldt Lake in Southern Greenland, Sarfartoq, Nassuttooq, Qaqaarsuk and Attu in Western Greenland and Randbøldal and Milne Land in Eastern Greenland, and there might be deposits that have not yet been discovered.⁷⁹⁾ Was in dieser Analyse nicht erwähnt wird, ist die Tatsache, dass dort, wo Uran gefunden wird, auch Seltene Erden abgebaut werden können. Beide Mineralien liegen sehr häufig dicht beieinander.

Obwohl neben China auch die EU, Indien, Japan, Südkorea und Australien Interesse an der Entwicklung des Bergbaus in Grönland zeigen, setzen sich erstaunlicherweise chinesische Unternehmen hier weitaus besser durch als ihre internationalen Konkurrenten.⁸⁰⁾ Dies hängt einerseits mit der finanziellen Potenz der chinesischen Unternehmen zusammen und ist wohl ohne das strategische Denken Chinas, sich auch langfristig mit Ressourcen versorgen zu können, nicht zu

verstehen. Ohne jetzt zu sehr ins Detail zu gehen: Aber die laufenden oder geplanten chinesischen Investitionen sind beeindruckend. Dazu gehören die Eisenmine in Isua sowie der geplante Kupfer- und Goldabbau im Zentrum der Insel. Aber alle diese Projekte sind und bleiben Hochrisikoinvestitionen, wie gerade die jüngste Entwicklung vor Augen führt. So wurde das 150 km nördlich der Hauptstadt Nuuk gelegene Eisenerzprojekt in Isua in 2014 aufgegeben, weil die daran mit beteiligte „London Mining“ durch den Ausbruch von Ebola in Westafrika in Zahlungsschwierigkeiten geraten war und der chinesische Partner „Sichuan Xinye Mining Investment Corporation“ die notwendigen Investitionen alleine nicht aufbringen konnte. Das Minenprojekt in Isua war auch aus anderen Gründen in die Medien geraten, weil hierfür mehrere Tausend chinesische Arbeiter vorgesehen waren, was bereits eine Kontroverse über eine mögliche Überfremdung ausgelöst hatte. Bei einer Bevölkerung von 57.000 sind 3.000-4.000 importierte Arbeitskräfte aus einem anderen Kulturkreis eine nicht zu unterschätzende Größe und ein Einflussfaktor besonderer Art.⁸¹⁾

Diese Entwicklung korreliert mit den chinesischen strategischen Überlegungen, soweit sie offen zugänglich sind. Der in Norwegen lehrende Politologe, China- und Arktisexperte Marc Lanteigne zitiert und übersetzt aus dem chinesischen Internet eine am 19. Juni 2014 der chinesischen Öffentlichkeit zugänglich gemachten Studie des chinesischen „Army Research Institute“, wonach die Arktis zu einer neuen „Lebenslinie“ für China werden könnte: „(...) notes on the Arctic as a key source for oil and gas as well as a means to transport fossil fuels and other goods, even going as far to suggest that the region could be a ‚new Middle East‘ and provide a new ‚lifeline‘ for China. The assessment concluded that the Arctic

was on track to become a major energy supply base for the Chinese economy, and that Beijing should seek out partnerships with energy-producing states in the Far North.“⁸²⁾ Dies entspricht zwar ganz den Fakten chinesischen Engagements, war in dieser Klarheit aber bisher nirgendwo nachzulesen. Schon das bisherige chinesische Engagement im Energie- und Ressourcenbereich am Polarkreis ist beeindruckend. Neben einer Zusammenarbeit mit der kanadischen Energiefirma Nexen bei der geplanten Ausbeutung von Ölschiefer im Norden Albertas - diese Kooperation hat ein Volumen von 15,1 Mrd. USD - wurden allein im Jahr 2014 mehr als 30 Mrd. USD in die kana-



Königin Margrethe II. wertete mit ihrem Besuch in Peking die diplomatischen Beziehungen zu China auf (Bild: der chinesische Präsident Xi Jinping schreitet mit Königin Margrethe II. die Ehrengarde vor der großen Halle des Volkes ab, China, April 2014).

dische Energiewirtschaft investiert.⁸³⁾ Auch im russischen Teil der Arktis nimmt das chinesische Engagement mit Partnern wie Gazprom zu. Und seit Oktober 2013 untersucht auch Island mittels eines Joint Venture zwischen der isländischen Energiefirma Eykon, der norwegischen Petoro und der chinesischen „China National Offshore Oil Corporation“ (CNOOC) mögliche Gasreserven im Dreieck, das an der nordöstlichen Grenze der isländischen Sonderwirtschaftszone im Atlantik gelegen ist.⁸⁴⁾ Es ist nur eine Anmerkung, aber CNOOC hält die meisten Anteile an dem gemeinsamen Unternehmen und betreibt das Projekt auch nach dem kürzlich wegen der gefallenen Rohstoffpreise ausgeschiedenen norwegischen Partner nunmehr quasi alleine weiter. Strategische Investitionen werden in China offenbar unabhängig von kurzfristigen Marktpreisschwankungen umgesetzt.

Neben diesen Offshore-Investitionen sind die Bergbauinvestitionen in Grönland von größter Bedeutung. Abgesehen von dem enormen Einfluss, den Investitionen in den beschriebenen Größenordnungen auf eine Gemeinschaft mit nur 57.000 Menschen, ihr öffentliches Leben, ihre Entscheidungskultur und politischen Prozesse nach sich ziehen, ist das Fehlen geeigneter grönländischer Fachkräfte künftig ein Thema. Die Arbeit in den Minen wird nur durch das Hinzuziehen geeigneter Spezialisten möglich werden. Sollten diese Arbeitskräfte aus China kommen, die dann zu Tausenden nach Grönland geholt werden müssten, hätte das völlig unvorhersehbare Auswirkungen auf die soziale, politische und ethnische Entwicklung der Insel. Den enormen Männerüberschuss in China vor Augen, der es für Millionen junge Chinesen unmöglich macht, eine chinesische Frau zu finden, könnte neben der Abenteuerlust und den materiellen Möglichkeiten ausschlaggebend sein, wenn es darum gehen sollte, Arbeitskräfte für das harte Leben auf der größten Insel der Erde zu finden. Was, wenn das chinesische Engagement im Bergbau innerhalb weniger Jahrzehnte zur Gründung einer chinesischen Kolonie führt, die aus den Hochzeiten zwischen Inuit-Frauen und Chinesen entstehen würde? Was, wenn diese ethnische Form der Einflussnahme sogar Teil eines großen Designs sein sollte, an dem das Politbüro der Kommunistischen Partei der Volksrepublik China seit Jahrzehnten arbeitet? Auch darauf gilt es Antworten zu finden.

Diese Art Fragen stellt man sich wohl auch zunehmend in Washington und Moskau, wie aus dem Intelligence Risk Assessment des „Danish Defence Intelligence Service“ von 2012 hervorgeht. „Both the United States and Russia are highly sceptical of Chinese attempts at securing control over the region’s natural resources.“⁸⁵⁾ Das Intelligence Risk Assessment von 2013 geht dann stärker auf den ökonomischen Fußabdruck Chinas ein: „It is likely that China’s role and potential influence in the Arctic region will increase as China’s economic involvement grows. On a number of occasions, China has demonstrated both capability and willingness to use investments and other kinds of economic instruments as a lever to obtain political objectives.“⁸⁶⁾ Diese Entwicklung wurde offenbar auch in China registriert. Am 16. März 2013 fühlte sich Zhang Yunbi in „China Daily“ bemüßigt,

Ängste vor einem staatlichen Geheimplan hinter den chinesischen Investitionen zu zerstreuen: „China Dismisses Hysteria over Greenland Ventures“⁸⁷⁾

Und noch etwas ist interessant. China hält sich auffallend mit öffentlichen Stellungnahmen zu den dänisch-grönländischen Beziehungen zurück. Gleichwohl wurden die diplomatischen Beziehungen zu Dänemark mit dem erstmaligen Besuch eines chinesischen Präsidenten in Kopenhagen (Hu Jintao besuchte die Hauptstadt im Juni 2012) und dem ersten Besuch einer dänischen Königin in Peking aufgewertet, als Margarethe II. im April 2014 nach China reiste.

Im Intelligence Risk Assessment von 2014 warnt das Dänische Militärische Nachrichtenwesen vor einer wachsenden politischen Einflussnahme Chinas aufgrund des zunehmenden wirtschaftlichen Gewichts Chinas: „Consequently, Chinese political and strategic interests in the Arctic will likely grow in parallel with China’s expanding economic involvement in the region. Thus, a commercial transaction with a Chinese business or a Chinese state-owned enterprise could potentially turn political, involving the Chinese government, whose conduct will be based mainly on political interests.“⁸⁸⁾

Welche Auswirkungen würde eine politische Unabhängigkeit Kalaallit Nunaats für die geopolitischen Gewichte auf der Erde haben? Das Entstehen eines neuen Völkerrechtssubjekts im arktischen Meer würde die Möglichkeiten der globalen Mächte erhöhen, eigene Interessen in der Arktis durchzusetzen.⁸⁹⁾ Island und Grönland als unabhängige Staaten wären politische Leichtgewichte. Die Gefahr für die Sicherheitsarchitektur besteht darin, dass raumfremde Mächte deren Schwäche ausnutzen und so das fragile geopolitische Gleichgewicht im Atlantik und der Arktis verändern könnten. Hierbei sind insbesondere die Absichten Chinas von Relevanz. In der Politik gilt ein ehernes Gesetz: Ein Vakuum zieht politische Spannungen an.

Dass China seinen Platz in der Arktis nicht nur als Forschungsnation, Käufer von Ressourcen oder Nutzer neuer Schiffrouten sieht, ist spätestens mit den Aussagen chinesischer Offizieller bestätigt, die den Anspruch Chinas unterstreichen, künftig in allen Fragen der Arktis gehört zu werden. China beruft sich dabei nicht nur auf die UNO-Seerechtskonvention, sondern sieht sich selbst als Naher-Arktis-Anrainerstaat und leitet Ansprüche daraus ab. Bereits im Jahr 2010 wurde dies von einem hohen chinesischen Militär deutlich markiert: „At the Third Session of the Eleventh Chinese People’s Political Consultative Conference (CPPCC), Rear Admiral Yin Zhuo asked China not to fall behind on Arctic Ocean exploration. According to the United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), the North Pole and surrounding area are the common wealth of the world’s people and do not belong to any country, said Yin Zhuo, a Rear Admiral and former President of the Chinese Naval Strategy Institute. Yin criticized that some countries are infringing upon other nations interests by fighting for sovereignty over the region, which reportedly has 9% of the world’s coal and a quarter of the global untapped oil and gas, together with abundant diamond, gold, uranium, and

other resources. Having a belief in the future possibility of China's regional war in the oceans, Yin proposed to establish a cross-agency commission focusing on strategic planning.⁶⁹⁰⁾

Das politische Argument ist bemerkenswert. Weil in der Arktis 9% der weltweiten Kohlevorkommen und ein Viertel der Öl- und Gasvorkommen neben anderen Ressourcen lagern, dürfen die Interessen der Anrainer nicht über die der anderen Länder gestellt werden. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, versucht China bereits seit Jahren, seine Position im Arktischen Rat (AR) zu stärken: „China wishes to play an expanded role within the Arctic Council in the wake of attaining formalised observer status in that forum in 2013. (...) China cannot seek to become a full member, as it lacks territory above the Arctic Circle, or indeed in any region commonly considered ‚Arctic‘; the shortest distance between China's northernmost point in Mohe County, Heilongjiang provinces, and the Arctic Circle is more than 1400 kilometres. Nonetheless, there have been arguments within the country that China's proximity to the Arctic region and the effects of regional climate change on Chinese weather patterns have justified greater China's engagement with any major existing and emerging regimes addressing Arctic affairs.“⁶⁹¹⁾

China sollte sich allerdings auch fragen, ob sich seine Interessen jemals im AR durchsetzen lassen. Mit der Gründung des AR wurde nach offizieller Lesart ein Forum geschaffen, um die Interessen der Anrainer (Nationalstaaten und indigene Bevölkerung) sowie der interessierten Länder und anderer Beobachter zu organisieren. So argumentieren zumindest die Gründungsmitglieder. Wer den Beobachterstatus erhalten will, muss die Souveränität und alleinige Verfügungsgewalt der acht Arktis-Anrainer über die Arktis akzeptieren, wie in den Gründungsdokumenten und Regeln für Beobachter klar festgelegt wurde.⁹²⁾ Damit werden die besonderen Verfügungsrechte der acht Anrainerstaaten Kanada, Finnland, Island, Schweden, Dänemark, Norwegen, Russland und USA sowie deren Allzuständigkeit vor raumfremden Begehrlichkeiten geschützt. Ob dieser juristische Kniff auf Dauer Länder wie China von der Entscheidungsfindung in der Arktis auszuschließen vermag, wird erst die Zukunft zeigen. Denn im Moment ist der AR lediglich eine politische Institution ohne klar definierte Konfliktlösungsregeln. Wesentliche Absprachen zwischen den einzelnen Mitgliedern werden deshalb auch bilateral und nicht im Format des AR getroffen, wie z.B. das Search and Rescue (SAR)-Abkommen zwischen Kanada und Dänemark. Auch deshalb, weil Entscheidungen im Konsens getroffen werden müssen und keine klar definierten Verfahren existieren, wie im Konfliktfall entschieden werden soll. Und auch die bisherigen Ratspräsidentschaften sprechen eher dafür, dass der politischen Arbeit im AR in den beteiligten Hauptstädten der „Arctic 8“ keine allzu große Beachtung geschenkt wird. Dennoch kann als Konsens in Bezug auf Chinas Absichten gelten, was Lanteigne wie folgt beschreibt: „With the Arctic region taking on greater global strategic and economic significance, Beijing wants to avoid being left out of future

decision-making processes, especially considering that two great powers, Russia and the United States, are full members of the Council and may be moving towards increasingly problematic strategic relations. In short, China is seeking to enter Arctic politics at a time when the region has become both more crowded and more diplomatically unpredictable. Nevertheless, there are strong economic reasons for Beijing to continue to press for a greater role in Arctic politics.“⁶⁹³⁾

Auf der 3. Arctic Circle Conference im Oktober 2015 in Reykjavik erläuterte Chinas Außenminister Wang Yi die drei Prinzipien der chinesischen Arktispolitik: Respekt, Kooperation und Win-win.⁹⁴⁾ China sieht die Arktis als gemeinsames Erbe aller Menschen und möchte die Alleinzuständigkeit der Anrainer begrenzen. China stellte besonders den Schutz und die souveränen Rechte der indigenen Bevölkerungen und die Freiheit der Forschung sowie freien Seewege als unverhandelbar heraus. Dies gilt auch für jene Gebiete, die auf einem Kontinentalschelf liegen. Nur wenn alle interessierten Länder gleichberechtigte Mitspieler werden können, ergäbe sich angeblich eine Win-win-Situation für die Menschheit. Diese politischen Ziele bergen ein hohes Konfliktpotenzial, wenn China bereit sein sollte, diese Absichten auch gegen Widerstände durchzusetzen. Das Auftauchen von fünf chinesischen Kriegsschiffen in der Beringsee vor der Küste Alaskas zeitgleich mit dem Besuch des US-Präsidenten im Hohen Norden im September 2015 stellt insofern eine Zäsur dar. Dass sich China nun zum Sprecher der souveränen Rechte der indigenen Bevölkerung machen will, ist im Angesicht des eigenen Umgangs mit indigener Bevölkerung in der Mongolei, Xinjiang oder Tibet kaum nachvollziehbar, stellt aber eine Kampfansage an den Westen, auch gegenüber den ungelösten Fragen in Grönland, dar.

Wie stark die Interessen Chinas bereits tagesaktuelles Thema in Grönland sind, erhellt z.B. die politische Auseinandersetzung zwischen den beiden politischen Hauptparteien aus dem Wahlkampf im Jahr 2013, in der die Sozialdemokraten den Linksozialisten vorwarfen, die Regeln über den Mindestlohn für chinesische Arbeitskräfte aushebeln zu wollen und die grönländischen Ressourcen zu billig an China zu verkaufen.⁹⁵⁾ Um eine parlamentarische Mehrheit im grönländischen Parlament zu erreichen, sind lediglich 16 Stimmen nötig. Die gesamte Insel wird von einem politischen Apparat mit rund 30 Beschäftigten verwaltet. Im Auswärtigen Dienst arbeiten 15 Personen. Hier müssen nicht sehr viele Beteiligte überzeugt werden, um eine Entscheidung umzusetzen.

Der aus Frankreich stammende Arktis-Experte Mikä Mered, der den in London ansässigen POLARISK Think-tank leitet, kommentiert Grönlands Zukunft im Nachklang der Parlamentswahlen vom 28. November 2014 wenig zurückhaltend: „Overall, the outcome of this election is very good news for investors, especially in the mining and infrastructure sectors.“ (...) „With Siumut remaining in power ... we expect Greenland to stabilize itself - both from a political risk and a regulatory risk standpoint - whilst keeping the country's march toward independence.“⁶⁹⁶⁾

(Wird fortgesetzt)

ANMERKUNGEN:

- 1) Für den Begriff Arktis haben sich verschiedene, voneinander abweichende Definitionen herausgebildet. Neben dem altgriechischen Wort *ἀρκτικός*, das für Bär steht und den Polarstern im Sternbild des Bären im Norden beschreibt, werden die Gebiete nördlich von 66 Grad 33 Minuten als Arktis erfasst oder die allerdings wandernde 10 Grad Juli-Isotherme zur Abgrenzung von südlichen Regionen herangezogen. Daneben gibt es sozialwissenschaftliche Definitionsversuche (Arctic Human Development Report), die auch zur Abgrenzung im Arktischen Rat herangezogen werden.
- 2) Udo Michel kommt zu dem Ergebnis, dass sowohl NATO als auch die EU die weitreichenden geopolitischen Folgen des Klimawandels und die damit verbundenen sicherheitspolitischen Herausforderungen bisher nur in geringem Maße thematisiert haben. In: *Global warming and security: The security implications for NATO and the EU of a melting polar cap in the high north*. In: *Connections: The quarterly journal*, 10 (2011), H. 4, S.11-50. Janjgava, Nikoloz stellt die starke Aufrüstung und die aggressive außenpolitische Haltung Russlands im arktischen Raum in den Mittelpunkt. In: *Disputes in the Arctic: Threats and opportunities*. In: *Connections: The quarterly journal*. - 11 (2012), H. 3, S.95-101.
- 3) Helga Haftendorn geht dieser Frage nach und arbeitet die unterschiedlichen Positionen Norwegens, das eine Befassung der NATO wünscht, und Kanadas, das diese ablehnt, heraus: *NATO and the Arctic: Is the Atlantic alliance a cold war relic in a peaceful region now faced with non-military challenges*. In: *European security*. 20 (2011), H. 3, S.337-361.
- 4) Siehe auch die Eröffnungsrede der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, anlässlich der 2. Arctic Circle Konferenz am 30.10.2014 in Reykjavik: „Eines ihrer Ziele hat diese Konferenz des Arctic Circle bereits erreicht: Sie stärkt die internationale Aufmerksamkeit für die Arktis und ihre geopolitische Bedeutung. In der Tat ist die Region kein abgeschlossener Raum. Was hier geschieht, wirkt sich auf weite Teile unserer Welt aus. Daraus leitet sich eine gemeinsame internationale Verantwortung für die Region ab - außen- und sicherheitspolitisch ebenso wie wirtschafts- und umweltpolitisch.“ Das ist ein neuer Akzent. Denn bisher hatte sich die Bundesregierung v.a. für die besonders in der Arktis sichtbaren Folgen des Klimawandels interessiert. So auch in der ersten gemeinsamen Reise von Kabinettsmitgliedern und der Bundeskanzlerin im Jahr 2007 nach Grönland. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/groenland-reise-merkel-auf-eis-a-500231.html> oder Überblicksanalysen wie jene von Keil, Katrin: *The arctic: A new region of conflict?: The case of oil and gas*. In: *Cooperation and conflict: Journal of the Nordic International Studies Association*. - 49 (2014), H. 2, S.162-190.
- 5) Hierbei ist v.a. die Positionierung Russlands von Bedeutung, das sich als natürliche Vormacht in der Arktis sieht. Pavel K. Baev: *Russia's arctic ambitions and anxieties*. In: *Current history: A Journal of contemporary world affairs*. - 112 (2013), H. 756, S.165-270; oder Dmitry Tulupov: *The multipolar circle: Arctic diplomacy as a new phenomenon in world politics*. In: *Russia in global affairs*. - 11 (2013), H. 3, S.90-98.
- 6) Auf der 2. Arctic Circle Konferenz hatte sich UK als Land mit besonderen Interessen in der Arktis mit einer Delegation hochrangiger Politiker, Diplomaten und Wissenschaftler präsentiert. (GREAT Britain, British Delegation of the Arctic Circle Assembly), die geopolitische Folie liefert u.a. James Rogers: *Geopolitics and the „wider north“: The United Kingdom as a strategic pivot*. In: *The RUSI journal*, - 157 (2012), H. 6. 42-53; sowie Depledge, Duncan & Dodds, Klaus: *No strategy please, we're British: The UK and the Arctic policy framework*. In: *The RUSI journal*. - 159 (2014), H. 1, S.24-31.
- 7) Neben der ACC in Reykjavik wird ebenfalls in Singapore und St. Petersburg getagt, abgesehen von einer Fülle an weiteren Konferenzen zur Arktis in verschiedenen Ländern.
- 8) Torsten Albrecht, Carlo Masala, Konstantinos Tsetos: *Maritime Sicherheit in der Arktis - eine Fallstudie*. In: Heinz-Dieter Jopp: *Maritime Sicherheit im 21. Jahrhundert*, S.207-226, NOMOS, 2014.
- 9) Lincoln E. Flake: *Navigating an ice-free arctic: Russia's policy on the northern sea route in an era of climate change*. In: *The RUSI journal*. - 158 (2013), H. 3, S.44-52.
- 10) Siehe Al Gore: *Wege zum Gleichgewicht*, S. Fischer, 1992, S.17f.
- 11) Lee Willett: *Frozen over: Maritime security challenges in the High North*. In: *Jane's navy international*. - 117 (2012), H. 10, S.21-24, gehört zu jenen Autoren, die zwar kenntnisreich die künftigen militärischen Szenarien analysieren, aber die Achillesverse Grönland auf der line of

communication genauso übersieht wie die Mehrheit der so genannten Experten.

- 12) http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2006_S03_wkr_ks.pdf.
- 13) <http://www.tepsa.eu/download/Valur%20Ingimundarson.pdf>.
- 14) <http://www.natolibguides.info/arcticsecurity/articles/archives>.
- 15) http://books.sipri.org/product_info?c_product_id=449.
- 16) Vgl. Margaret Blunden: *„Geopolitics and the Northern Sea Route*. In: *International Affairs*, Vol. 88, Nr.1, 2012, S.115 und Robert Huebert *„Canada and China in the Arctic: A Work in Progress*. In: *Meridian Newsletter Winter 2011/2012*.
- 17) <http://blogs.cfr.org/asia/2013/02/01/paula-briscoe-greenland-chinas-foothold-in-europe/>.
- 18) Dazu gehören Beiträge wie der von Christoph Humrich und Klaus Dieter Wolf. In: *Osteuropa 2-3*, 2011, *Krieg in der Arktis? Konfliktsszenarien auf dem Prüfstand*, *Logbuch Arktis*, *Der Raum*, die Interessen und das Recht; Jürg Kürsener: *Die Nordostpassage: profitabler als die Suezroute*. In: *Schweizer Soldat*, 89, 2014, H. 4, S.38-43; Helga Haftendorn: *Arctic Security: New Challenges in a Diverse Region* (Aspen Paper).
- 19) <http://www.foreignaffairs.com/articles/141211/walter-russell-mead/the-return-of-geopolitics>, wenngleich diesem auch durch den Gegenartikel von G. John Ikenberry aus Princeton in derselben Ausgabe widersprochen wurde: <https://www.foreignaffairs.com/articles/china/2014-04-17/illusion-geopolitics>. Robert Orsi von der Universität Tokio setzt sich u.a. kritisch mit Ikenberry auseinander und untermauert Geopolitik durch ein auf Hegels Denken basiertes philosophisches Fundament. In: *„Order and Change in Global Politics: Accessing the „return of geopolitics“*. In: <http://pari.u-tokyo.ac.jp/eng/unit/ssu/articles/orsi20141110.html>; Robert Kaplan befasst sich mit seinem 2013 veröffentlichten Buch ebenfalls mit der Rückkehr der Geopolitik. Kaplan Robert D.: *The Revenge of History. What the Map tells us about coming conflicts and the battle against fate*. New York, 2013.
- 20) Siehe u.a. das Plädoyer des ehemaligen Inspektors der Deutschen Marine für ein strategisches Denken in Räumen. Lutz Feldt: *Maritime Räume: Ein Plädoyer für strategisches Denken*. In: *Marineforum*. Ausgabe A: *Zeitschrift für maritime Fragen*. - 89 (2014), H. 5, S.4-6.
- 21) Sidney E. Dean: *Chinas rivalisierende Partner: Noch ist es nur der Streit um Rohstoffe*. In: *Marine Forum*. Ausgabe A: *Zeitschrift für maritime Fragen*. - 86 (2011), H. 11, S.8-9, macht darauf aufmerksam, dass China z.Z. als einziges Land weltweit mit der Ausbeutung vom Tiefseewasserrohstoffen beginnt.
- 22) Benjamin Bidder: *Arktisches Roulette*. In: *Der Spiegel*, (2012), H. 34, S.113-115.
- 23) In bpb: *Geopolitik - Annäherung an ein schwieriges Konzept*. In: <http://www.bpb.de/apuz/30477/geopolitik-annaeherung-an-ein-schwieriges-konzept?p=all>.
- 24) Heinz Nissel: *Gesellschaft, Raum und Macht, Aufgaben, Defizite und Neues zur Kritischen Geopolitik* (Teil 1). In: <https://www.oemz-online.at/pages/viewpage.action?pageId=10355592>.
- 25) A.a.O.
- 26) Andreas Rinke: *Wem gehören die „global commons“? Der Wettlauf um noch nicht eroberte Gebiete hat begonnen*. In: *Internationale Politik*. IP. - 69 (2014), H. 2: *Keine Offenbarung? S.98-103*, bewertet die Chancen skeptisch, diese aktuelle Form der Aneignung regulieren und eindämmen zu können.
- 27) Lev S. Voronkov: *Russia's new Arctic strategy*. In: *International affairs, A Russian journal of world politics, diplomacy and international relations*, 58 (2012), H. 2, S.140-154.
- 28) Siehe auch jüngste russische Filme, wie „*Celestial Wives of the Meadow Mari*“, von Alexey Fedorchenko (2012), oder „*Territory*“, von Alexander Melnik (2015), die die arktische Identität Russlands spiegeln.
- 29) Fedor Luk'janov: *Eurasia on it's way to the future*. In: *Moscow defense brief: MDB; your professional guide inside*. - (2014), H. 3 = 41, S.2-3.
- 30) Vgl. Royal Danish Defence College, 214, *Brief. Greenland and the New Arctic Political and security implications of a state- building project*. Rear Admiral Nils Wang and Dr. Damien Degeorges, S.6f.: „*The United States Geological Survey (USGS) estimates that about 13% of the undiscovered oil, 30% of the undiscovered natural gas, and 20% of the undiscovered natural gas liquids in the world are located in the Arctic region. Though the discovery of shale gas might reduce immediate demand, the Arctic resources constitute a valuable future global energy reserve, and a viable alternative for reducing dependency on the Middle East. In addition, the Arctic region contains an abundance of other natural resources, such as minerals and fish. These natural*

Resources Minister Sergei Donskoi said Russia was planning to submit another request to the United Nations, seeking to expand its Arctic borders by 1.2 million square kilometers. "Ganz anders argumentiert Valery Konyshev, der die russischen Interessen als rein wirtschaftlich beschreibt und davon ausgeht, dass Russland in der Arktis lediglich eine Softpower-Strategie verfolgt: Valery Konyshev, Alexander Sergunin: Is Russia a revisionist military power in the Arctic? In: Defense & security analysis. 30 (2014), H. 4, S.323-335.

69) Vgl. dazu die amateurhaft wirkenden Anstrengungen selbst der USA. Insinna Valerie, Military challenged by changing arctic landscape. In: National defense: NDIA's business & technology magazine. - 98 (2014), H. 723, S.24-27.

70) <http://tass.ru/en/russia/783728>.

71) Vgl. die Studie des US-Archäologen Jared Diamond. In: Collapse, How Societies choose to fall or succeed, Penguin 2005, S.178-276.

72) <http://www.euractiv.com/sections/eu-priorities-2020/greenland-its-way-back-towards-european-union-309496>.

73) Royal Danish Defence College, 214, S.9.

74) A.a.O.

75) Andreas Knudsen: Die Arktis - Nahinteressengebiet für Kopenhagen. In: Marineforum. Ausgabe A: Zeitschrift für maritime Fragen. - 87 (2012), H. 12, S.4-9.

76) <http://www.polarisk-group.com/>.

77) http://www.wasmga.com.au/template/uploads/pdfs/20140213_NFC_Update_February_2014.pdf.

78) <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/devisen-rohstoffe/letzter-seltene-erden-produzent-in-den-usa-ist-pleite-13669741.html>.

79) <http://www.wiseinternational.org/node/4089>.

80) <http://www.chinapost.com.tw/business/europe/2012/08/06/350050/EU-fights.htm>.

81) Offenbar hat China mittlerweile die insolventen westlichen Partner aufgekauft und wird das Project in eigener Regie weiterführen, vgl. <http://www.adn.com/article/20150306/china-mining-and-housing-arctic>.

82) Marc Lanteigne: China's Emerging Arctic Strategies, University of Iceland, Institute of International Affairs. The Centre for Arctic Policy Studies, 2014, S.26f.

83) Lanteigne, S.28.

84) <http://www.nytimes.com/2013/10/02/business/energy-environment/iceland-aims-to-seize-opportunities-in-oil-exploration.html?pagewanted=all>.

85) http://fe-ddis.dk/SiteCollectionDocuments/FE/EfterretningsmaessigeRisikovurderinger/Risikovurdering2012_EnglishVersion.pdf.

86) http://fe-ddis.dk/SiteCollectionDocuments/FE/EfterretningsmaessigeRisikovurderinger/Risikovurdering2013_EnglishVersion.pdf.

87) http://www.chinadaily.com.cn/kindle/2013-03/16/content_16312994.htm.

88) http://fe-ddis.dk/SiteCollectionDocuments/FE/EfterretningsmaessigeRisikovurderinger/Risikovurdering_2014_EnglishVersionRV.pdf.

89) Royal Danish Defence College, 214, a.a.O.: „Technically, Greenland could decide to become independent through a referendum, and then be recognized as a state by other states, and treated de jure as such in the international system. This independence option is explicitly mentioned in the Self-Rule Act. The main issue, however, is not whether or not Greenland technically may secede from the Kingdom of Denmark, but how to define the degree of independence Greenland is capable of enforcing. The strategic location in the Arctic and the huge potential of natural resources have already given Greenlandic self-rule a prominent ‚near-state‘ status in global affairs. The visit to Greenland in 2012 by the head of a G20 state, then South Korean President Lee Myung-bak, without a stop-over in Denmark and without the presence of the Danish Prime Minister, was for the self-ruled territory a clear sign of recognition on the world stage. This was further highlighted in 2011 when then Greenland Minister of Industry and Natural Resources Ove Karl Berthelsen visited China, and was received by China's then Vice-Premier, now Premier, Li Keqiang.“

90) <http://chinascope.org/m/content/view/2391/105/>.

91) Vgl. Lanteigne, S.16.

92) <http://www.arctic-council.org/index.php/en/document-archive/category/4-founding-documents>.

93) Vgl. Lanteigne, S.17.

94) <http://arcticcircle.org/video2015>.

95) Vgl. Handelsblatt vom 13.3.2013: „Die künftige Regierungschefin will mehr von ausländischen Investoren verlangen, aber auch das bislang herrschende Abbauverbot für Uran und Seltene Erden lockern. (...)

Hammond hatte im Wahlkampf dem bisherigen Regierungschef einen voreiligen Verkauf heimischer Ressourcen an chinesische Interessenten vorgeworfen. Dieser hatte u.a. durchgesetzt, dass der grönländische Mindestlohn für mehrere tausend chinesische Bergarbeiter in einem geplanten Erzbergwerk nördlich von Nuuk außer Kraft gesetzt werden kann. Hammond kündigte noch in der Wahlnacht an, sie werde diese Regelung im neuen Parlament erneut zur Abstimmung stellen. Außerdem will sie eine höhere Besteuerung ausländischer Investoren durchsetzen. Hammond tritt aber auch für eine Lockerung des bisher kompletten Abbau-Verbotes für Uran sowie für ‚Seltene Erden‘ ein, die für Hightech-Produkte wichtig sind.“ Allerdings könnte Hammond nun bereits im November durch angesetzte Neuwahlen selbst abgelöst werden. Die Wahlen sind für den 28.11.2014 nach einem Bestechungsskandal angesetzt worden.

96) <http://www.reuters.com/article/2014/11/29/us-greenland-election-idUSKCN0JD04B20141129>.



Dipl.-Pol. Jörg-Dietrich Nackmayr

Geb. 1964; Fregattenkapitän d.R.; Studium der Politischen Wissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Philosophie und Geschichte in Berlin und Bielefeld; 1988 und 1989 Auslandsaufenthalte in Edinburg, Straßburg und Brüssel; 1990 Examen zum Diplom-Politologen bei Prof. Dr. Gesine Schwan; 1989-1990 Persönlicher Referent für den Vorsitzenden Wolfgang Schnur und den Generalsekretär Oswald Wutzke der Partei Demokratischer Aufbruch (DA) in der DDR; 1990 Stabsreferatsleiter Kabinetts- und Parlamentsangelegenheiten im Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit der DDR bei Minister Wilhelm Ebeling; im Anschluss Mitarbeit bei der Neugründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern u.a. als Persönlicher Referent des Ministerpräsidenten Alfred Gomolka und seines Kultusministers Oswald Wutzke; 1993-1996 jüngster Kulturamtsleiter Deutschlands in der Hansestadt Stralsund; 1996 Rückkehr nach Berlin als Büroleiter und Sprecher des Parlamentspräsidenten Herwig Haase im Abgeordnetenhaus von Berlin; ab 1999 Direktor der Konrad-Adenauer-Stiftung Baltische Länder mit Dienstsitz Tallinn/Estland; 2003 Rückkehr nach Berlin und Gründung der Unternehmensberatung Baltic-Business-Contact; 2005 Übersiedlung nach Brüssel, Tätigkeit im Europäischen Parlament, Generaldirektion Interne Politiken; Mai 2007-Juli 2009 Sicherheitspolitischer Berater im Kabinett des Parlamentspräsidenten des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering; August 2009 bis August 2013 Aufenthalt in Astana/Kasachstan; seit August 2013 Aufenthalt in Island, zahlreiche Publikationen.